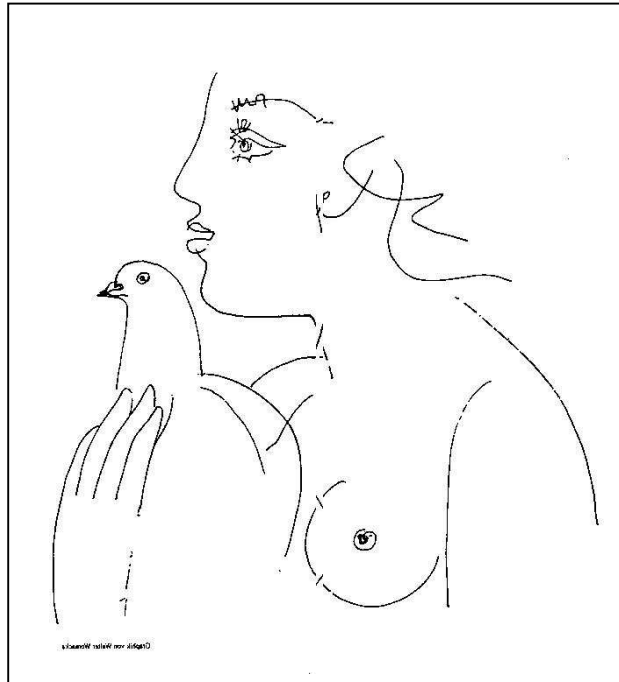


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der
Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 47



„Die wahren Kosten des Krieges. Wirtschaftliche und politische Folgen des Irak-Konflikts.“

Eine Rezension zum gleichnamigen Buch von Joseph Stiglitz und Linda Bilmes
erschienen im Pantheon Verlag - Erste Auflage Mai 2008.

von

Prof. Dr. Rolf Sieber

Redaktionsschluss: 01. Oktober 2008

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

Zu den beiden Autoren:

Joseph E. Stiglitz



(65) studierte am Massachusetts Institute of Technology (MIT) und in Cambridge. Mit 26 Jahren wurde er Professor für Volkswirtschaft an der Universität in Yale. Später auch an solchen berühmten Universitäten wie Princeton, Oxford und Stanford, USA, und Senior Fellow an der Brookings Institution in Washington, D.C. Er leitete das Brooks World Poverty Institute der University of Manchester, ist Vorsitzender des Committee on Global Thought an der Columbia University und gründete im Juli 2000 die Initiative for Policy Dialogue. Heute lehrt er an der Columbia Universität in New York. Von 1993 bis 1999 wirkte Professor Stiglitz im Rat der Wirtschaftsberater der Clinton-Regierung. Danach ging er als Chefvolkswirt zur Weltbank, die ihm auf Grund seiner kritischen Einschätzung der Politik der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds und der Wirtschaftspolitik der US-Regierung unter Präsident George W. Bush kündigte. 2001 wurde Prof. Stiglitz mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften für seine Arbeiten über das Verhältnis von Information und Märkten ausgezeichnet. Er ist Autor vieler Artikel, Schriften und Bücher speziell zur Volkswirtschaft in den USA und zur deutschen Volkswirtschaft, empfiehlt staatliche Eingriffe in das Marktgeschehen und eine staatliche Nachfragepolitik, ein Keynesianisches Konzept.

Linda J. Bilmes



ist eine der führenden Experten für Fragen des US-Staatshaushaltes und der öffentlichen Finanzen. Sie war in mehreren leitenden Positionen der US-Regierung tätig, so als Assistant Secretary und Chief Financial Officer des Handelsministeriums, Deputy Assistant Secretary of Commerc for Administration und US-Vertreterin in mehreren hochrangigen Kommissionen, darunter eine Treasury Department Commission zur Prüfung der Rentabilität der Inter-American Investment Corporation.

Gegenwärtig lehrt Professor Bilmes das Fachgebiet Finanzwirtschaft an der John F. Kennedy School of Government an der Harvard Universität. Sie ist anerkannte Autorin einer Vielzahl von Arbeiten und Artikeln in führenden Zeitungen und Zeitschriften in den USA, besonders für die New York Times und den Atlantic Monthly, zu finanziellen und budgetären Problemen in der Wirtschaft, darunter auch speziell zu den Kosten des Irak-Krieges der USA.

Der drei Billionen Dollar Krieg der USA

Die Kriegskosten des Irak-Kriegs der USA zwischen 2003 und 2008

Im Januar 2006 veröffentlichten Joseph Stiglitz und Linda Bilmes einen Aufsatz, in dem sie die von ihnen errechneten Kriegskosten für den Irak-Krieg der USA zwischen 1 und 2 Billionen Dollar veranschlagt hatten. Sie verfolgten dabei das Ziel, die wahren Kosten des Krieges zu ermitteln, verbunden mit der Auffassung, dass die Wähler das Recht haben, die tatsächlichen Kosten der Politik zu erfahren (s. S 12). Ihre weitergehenden Untersuchungen hatten sie davon überzeugt, dass die wahren Kriegskosten im Jahr 2008 auf 3 Billionen Dollar angewachsen waren:

**5 000 Dollar pro Sekunde,
400 000 000 Dollar am Tage,
12 000 000 000 Dollar jeden Monat
2 038 000 000 000 Dollar für fünf Jahre Krieg.**

Nach Auffassung der Autoren erweisen sich die wahren Kriegskosten als ein wichtiges Fundament für das Gesamtverständnis des Irak-Krieges der USA. Sie ermöglichen, sowohl historische Vorgänge exakt zu erklären, einzelne Etappen des Kriegsverlaufs zu bestimmen, als auch auf Zukunftsprobleme aufmerksam zu machen, die bei einer Gesamteinschätzung von Bedeutung sein können. Es geht dabei um sehr viel mehr als nur um konkrete Zahlen: „Indem wir eine genaue Aufstellung der Kosten vornehmen, verstehen wir die Auswirkungen des Krieges besser und lernen vielleicht, wie wir uns möglichst unbeschadet aus dem Irak zurückziehen können.“ (S. 10)

Die beiden Buchautoren - entschiedene Gegner des Irak-Krieges von Anfang an (s. S. 18) – beweisen, dass der Irak-Krieg der USA nicht nur in militärischer Hinsicht sinnlos ist, sondern durch seine ökonomischen,

sozialen und humanitären Auswirkungen und finanziellen Belastungen ein wahres Desaster für die USA herbeigeführt hat.

Noch mehrere Generationen von USA-Bürgern werden an diesen finanziellen, aber auch moralischen Belastungen zu tragen haben.

Im Gegensatz zu Präsident George W. Bush und seinen Beratern, die eine exakte Bestimmung von Kriegskosten als irrelevant bezeichneten und mit der Begründung ablehnten, dass die „Verteidigungspolitik nicht von Erbsen zählenden Buchhaltern bestimmt werden könnte“ (S. 12), wiesen die Professoren Stiglitz und Bilmes nach, dass jegliche politische Entscheidung „eindeutig die Kosten als einen der Faktoren einbeziehen“ müssen.

Der Entschluss der Bush-Administration, am 19. März 2003 den Krieg gegen den Irak zu beginnen, beruhte bekanntlich auf falschen, von den Neokonservativen beförderten politischen Prämissen. Es erfolgte eine Irreführung der Weltöffentlichkeit und des eigenen Volkes. Außerdem ist unübersehbar – so die Autoren –, dass die ökonomischen Ressourcen für diesen Krieg völlig falsch beurteilt wurden.

Dafür wurde und wird von den US-Amerikanern ein sehr hoher Preis bezahlt. Die Kosten des Krieges in bezug auf Menschenleben und Staatsfinanzen stiegen in gigantische Höhen: Es sind fast 4 000 US-Soldaten gefallen. Rund 58 000 US-Soldaten wurden verwundet, verstümmelt bzw. sind ernsthaft erkrankt. Es sind 7 679 irakische Soldaten, die an der Seite von US-Truppen kämpften, umgekommen. (s. S. 8)

Die operativen Kosten (direkte Kriegsausgaben oder die ‚laufenden Aufwendungen‘) werden für den Irak-Krieg im Jahre 2008 auf über 12,5 Milliarden Dollar pro Monat angesetzt, gegenüber 4,4 Milliarden Dollar im Jahre 2003. Mit Afghanistan zusammen sind es sogar 16 Milliarden Dollar pro Monat. Diese 16 Milliarden Dollar entsprechen dem Jahresbudget der Vereinten Nationen bzw. dem von 13 Bundesstaaten der USA. (s. S. 26)

Erstmalig haben die Autoren auch bestimmte „Nachfolgekosten“ dieses Krieges analysiert (Kapitel III) und festgestellt, dass die Zahlungen von Entschädigungen, Pensionen und Invalidenrenten sowie die medizinische Versorgung für Veteranen und Invaliden bedeutende und langfristige Kosten des Irak-Krieges der USA sind.

Daher ihre ausführliche Analyse: Bis Ende November 2007 sind etwa 67 000 US-Soldaten im Irak und in Afghanistan verwundet und verletzt worden oder ernstlich erkrankt. Das Verhältnis zwischen gefallenen und verwundeten US-Soldaten betrug demnach 1 zu 7, das mit Abstand größte in der US-amerikanischen Geschichte. Zählt man die Verletzungen hinzu, die nicht im Zusammenhang mit direkten Kampfhandlungen geschehen sind, betrug das Verhältnis 1 zu 15. (s. S. 75)

Die US-Kriegsveteranen haben Anspruch auf Invalidenrente und weitere Leistungen wie: medizinische Behandlung, langfristige Gesundheitsversorgung, Altenversorgung, Wohngeld, Umschulungszuschüsse, Wiedereingliederungshilfe und Beratung. „Von den 1,6 Millionen US-Soldaten und Soldatinnen, die bislang im Irak und in Afghanistan im Einsatz waren, sind bis Dezember 2007 751 000 aus der Armee entlassen worden. Sie alle haben potentiell Anspruch auf Invalidenrente, und bis Dezember 2007 hatten 224 000 Veteranen entsprechende Anträge gestellt. Bis Mitte des Sommers 2007 waren 90 Prozent der Anträge auf Invalidenrente bewilligt worden... Die geschätzten Kosten der Veteranen-Invalidenrenten sind gigantisch. In unserem ‚konservativen‘ Szenario gelangen wir zu geschätzten Gesamtkosten von 299 Milliarden Dollar für die Invalidenrenten; in unserem realistischen Szenario betrug die Zahl 372 Milliarden Dollar.“ (S. 91-92) Die Folgen für den Staatshaushalt, vor denen die Bush-Administration die Augen schließen wird, sind gewaltig. (s. S. 77)

Das bürokratisch komplizierte Verfahren bei der Antragstellung von Invalidenrenten für Veteranen wird auf Grund vielfältiger Beispiele scharf kritisiert und eine grundlegende Reform des gegenwärtigen Systems gefordert. (s. S. 82 bis 101)

US-Haushaltskosten des Irak-Krieges (Seite 72)

<i>Kosten in Milliarden Dollar</i>	<u>"günstigstes"</u> <u>Szenario*</u>	<u>"realistisches"</u> <u>Szenario *</u>
Gesamtoperationen bis heute (Ausgaben von 2001 bis 2007)	473	473
Zukünftige Operationen (nur zukünftige Operationen)	382	669
Zukünftige Kosten der Kriegsveteranen- versorgung (Gesundheitskosten + Invali- denversorgung + öffentliche Renten der Veteranen)	371	630
Sonstige militärische Kosten/ Anpassun- gen (im Verteidigungshaushalt versteckte Kosten + zukünftige Kosten für die Wie- derherstellung der Kampfkraft der Streit- kräfte + Demobilisierung abzgl. Einsparun- gen aus Flugverbotszonen)	66	267
<u>Summe (ohne Zinsen)</u>	<u>1.292</u>	<u>2.039</u>
Zinskosten (bislang gezahlte Zinsen + zukünftige Zin- sen auf laufende Kredite + zukünftige Zin- sen auf zukünftige Kredite)	462	616
<u>Gesamtsumme (mit Zinsen)</u>	<u>1.754</u>	<u>2.655</u>

*"günstigstes" Szenario: Bis zum Jahr 2017 werden im Irak insgesamt 1,8 Millionen US-Soldaten im Einsatz gewesen sein.

*"realistisches" Szenario: Die Truppenstärke wird langsamer sinken, je mehr man sich den 75.000 im Jahr 2012 annähert.

Die Autoren stellen fest, dass seit 2004 die Kosten für den Irak-Krieg in den USA rasant angestiegen sind. Ihre genaueren Untersuchungen ergaben, dass dafür die folgenden drei Faktoren die wichtigsten sind:

1. Steigende Personalkosten, die sich sowohl für US-Soldaten als aber auch für beauftragte private Militärdienstleister ergaben.

Die durchschnittliche Zahl der Militärangehörigen im Irak war zwar nur gering angestiegen, aber die Kosten pro Soldat hatten erheblich

zugenommen: Anwerbeprämien, Kampf- und Härtezulagen sowie Weiterverpflichtungsprämien (können eine Höhe bis 150 000 Dollar erreichen) wurden erhöht. Die US-Armee musste in einem bisher nicht gekannten Umfang auf Reservisten und die Nationalgarde zurückgreifen, für die volle Gehälter plus Kampfzulage und weitere Leistungen gezahlt werden.

Eine Untersuchung des Zentralkommandos des Verteidigungsministeriums der USA enthüllte, dass die Vereinigten Staaten über 100 000 private Auftragnehmer unter Vertrag haben. Dies bedeutet eine Verzehnfachung gegenüber dem Golfkrieg von 1991: „Im Jahre 2007 belief sich das Volumen der Blackwater-Verträge für militärische und Sicherheitsdienstleistungen im Irak auf 1,2 Milliarden Dollar, und das Unternehmen hatte dort 845 private Söldner im Einsatz.“ (S. 29) Die zunehmende Beschäftigung von privaten Auftragnehmern hat die operativen staatlichen Ausgaben viel stärker erhöht, als wenn die Armee diese Aufgaben übernommen hätte. Die mangelhaft angezeigten Auswahlverfahren machten deutlich, dass sowohl das Außenministerium als auch das Verteidigungsministerium aufgrund schlechter personeller und materieller Ausrüstung nicht in der Lage sind, die Kontrolle der Einhaltung von Verträgen mit Privatfirmen zu sichern.

Übermäßige Kosten für die öffentliche Hand und überzogene Gewinne für die privaten militärischen Dienstleister sind inzwischen typisch gewordene Erscheinungen: „In den USA findet Bestechung auf subtilere Weise statt als in anderen Ländern. In der Regel gibt es keine direkten Schmiergeldzahlungen, sondern Wahlkampfspenden an beide Parteien. Halliburton (mit Vizepräsident Cheney in der Vergangenheit eng liiert) spendete von 1998 bis 2003 insgesamt 1 146 248 Dollar an die Republikanische Partei und 55 650 Dollar an die Demokratische Partei. Halliburton erhielt den Zuschlag für lukrative Alleinlieferanten-Aufträge im Volumen von mindestens 19,3 Milliarden Dollar. (S. 32)

2. Der Anstieg der Treibstoffpreise durch Wirkungen des Irak-Krieges der USA ist der zweite Grund, warum die Kosten so explodiert sind: Der Weltmarktpreis für Öl stieg von ca. 25 Dollar pro Barrel im Jahre 2003 auf ca. 100 Dollar pro Barrel Anfang 2008. „Es genügt zu sagen, dass die USA, falls sie in der Hoffnung in den Krieg zogen, sich billiges Öl zu sichern, jämmerlich gescheitert sind.“

(S.128) Und weiter vermerken die Autoren, dass die Ölkonzerne „zu den wenigen echten Nutznießern des Krieges“ gehören.

Auf die Frage, welcher Anteil des Ölpreisanstiegs auf den Faktor Krieg zurückgeführt werden kann, betonen die Experten, dass eine genaue Beantwortung schwierig ist, aber: „Der Krieg im Irak war das bemerkenswerteste außergewöhnlichste Ereignis zu der Zeit, als der Preisanstieg einsetzte, und es lässt sich kaum eine andere Ursache finden, die, insbesondere in den Jahren 2003 und 2004, für die Veränderungen von Nachfrage und Angebot verantwortlich gemacht werden konnte.“ (S. 129) Dies führte zu dem Schluss, dass ein erheblicher Teil der Preissteigerung beim Öl auf den Faktor Krieg zurückzuführen war.

Zum steigenden Ölpreis stellen die Autoren mit Blick auf die globalen Auswirkungen (für den Zeitraum von 7 Jahren) fest: „...die Zusatzlast für Europa, Japan und andere OECD-Importländer zusammen macht 235 Milliarden Dollar aus“ (S.165) nach ihrer „realistischen“ Schätzung (für 8 Jahre) sogar 539 Milliarden Dollar.

3. Der dritte und zunehmend wichtigste Grund sind Beschaffung, Ersatz und Modernisierung von Ausrüstungsgütern und Waffen. Das hängt ursächlich mit der Dauer und der Intensität des Krieges zusammen. Vor und mit Beginn des Irak-Krieges der USA wurden dazu kaum Berechnungen angestellt. Inzwischen sind Beschaffung und Modernisierungen der Ausrüstung und Waffen immer dringlicher und für die Rüstungsindustrie ein profitables Geschäft geworden. Für den Haushalt wird dieser Kostenfaktor zu einem immer größeren Problem. (s. S. 32)

Globale Auswirkungen

Ganz zu Beginn dieses Kapitels (VI) beschreiben die Autoren die Situation im Irak nach der Invasion wie folgt: „Fünf Jahre nachdem die Vereinigten Staaten den Irak mit dem erklärten Ziel besetzten, das irakische Volk zur Demokratie zu führen, hat der Krieg im Grunde die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Souveränität des Landes zerstört.“ (S.143)

Es ist eine erschütternde Bilanz, die praktisch für alle Bereiche des Lebens im Irak gezogen wird. 4,5 Millionen Flüchtlinge, ca. 100 000 zivile Kriegsoffer, der Ausbruch von Gewalt und bürgerkriegsähnlichen Zuständen, zusammengebrochene Infrastruktur und Gesundheitswesen ver-

bunden mit dem Ausbruch von Epidemien (Cholera) werden als einige Fakten angeführt.

Gravierend ist der Zusammenbruch der irakischen Wirtschaft wie er von den Autoren beschrieben wird, wobei sie die Strategien der Regierung Bush zum Wiederaufbau einer scharfen Kritik unterziehen, sie als gescheitert betrachten. (S.149 ff) Fazit: „dass man sich ...kaum eine trostlosere Situation vorstellen kann als jene, die zur Zeit herrscht“. (S.153)

Von der Koalition der Willigen zur Koalition des Einen

Großbritannien als wichtigster Verbündeter der USA im Irak-Krieg

Die Autoren erinnern daran, dass Großbritannien und sein damaliger Premier Tony Blair im Irakkonflikt „in strategischer, militärischer und politischer Hinsicht eine entscheidende Rolle“ spielten. Das betrifft sowohl die Vorbereitung als auch die Führung des Irak-Krieges.

Von Blair erhielt Bush Rückendeckung, als es um die Schaffung der „Koalition der Willigen“ ging und direkte Unterstützung bei der Überzeugung von Kongressabgeordneten - sowohl bei den Republikanern als auch bei den Demokraten – den Kriegsplänen ihres Präsidenten zuzustimmen.

Laut Darstellung des Weißen Hauses schlossen sich der „Koalition der Willigen“ insgesamt 49 Länder an, was nach Meinung der Autoren „natürlich eindrucksvoll klingt, doch die USA stellten 84 Prozent der Kampftruppen selbst“. Die US-Amerikaner übernahmen auch weitgehend die Kosten für viele der ausländischen Verbündeten. In vielen Ländern der angeblich Willigen war die Bevölkerung gegen den Irak-Krieg der USA. Ab 2007 begann in 18 dieser Länder der Truppenrückzug. Ab 2008 schlossen sich auch die Briten dem an, so dass nur eine Koalition USA - Großbritannien übrig geblieben ist. „Die Koalition der Willigen wurde immer mehr zu einer ‘Koalition des einen’“ vermerken die Autoren.

Bis Anfang 2008 verzeichneten die Alliierten im Irak insgesamt 306 Gefallene und 675 Verwundete. (s. S. 154)

„Wenn wir denselben Maßstab für die Bewertung Gefallener anlegen wie für amerikanische Militärangehörige, so belaufen sich die wirtschaftlichen Kosten für diese Opfer allein auf 2,2 Milliarden Dollar. Rechnet man die Verwundeten mit ein, steigt die Gesamtsumme um mindestens 40 Prozent.“ (s. S. 154)

Nach Aussage der Autoren ist es schwierig, die Ausgaben der Alliierten zu errechnen. Nach ihrer Schätzung „dürften ihre direkten Einsatzkosten bisher in einer Größenordnung von 30 bis 90 Milliarden Dollar liegen“. Selbst wenn die Hälfte angenommen wird, wäre zu beachten, dass in diesen Summen die „Nachfolgekosten“, also die für die Versorgung der Veteranen und Invaliden, nicht enthalten sind.

Die den USA von Seiten der Regierung Großbritanniens gewährte politische Rückendeckung hat einen hohen Preis.

Im Irak beklagten die Briten bis Ende 2007 insgesamt 174 Gefallene, 206 Schwerverletzte und 2.372 weitere behandlungsbedürftige Verwundete. (s. S. 158)

„Vor dem Krieg hatte der damalige britische Finanzminister Gordon Brown 1 Milliarde Pfund für Kriegsausgaben bereitgestellt. Bis Ende 2007 gab Großbritannien schätzungsweise 7 Milliarden Pfund (14 Milliarden US-Dollar) für direkte Kriegsausgaben im Irak und in Afghanistan aus (76% davon im Irak).“ Aus der Teilnahme an den Kriegen im Irak und in Afghanistan wird nach Berechnungen der Autoren bis 2010 „die Gesamtbelastung Großbritanniens die 20 Milliarden-Pfund-Grenze übersteigen“.

Ihre globalen Betrachtungen schließen die Autoren mit der Feststellung ab: „Langfristig gesehen dürften jedoch das Verspielen der amerikanischen Führungsrolle in der Welt und die Ablenkung von zentralen globalen Fragen – darunter Problemen wie die globale Erwärmung und die atomare Aufrüstung Nordkoreas, die sich gewiss nicht von allein lösen werden und auch nicht auf die lange Bank geschoben werden können, – die größte und nachhaltigste Hinterlassenschaft dieses unglückseligen Krieges sein.“ (S.171)

Abzug aus dem Irak.

Diesem Thema widmen Joseph Stiglitz und Linda Bilmes das Kapitel VII (S. 173 bis 192) ihres Buches.

Sie verweisen darauf, dass insgesamt 78 Prozent der Iraker gegen die weitere Präsenz von US-Besatzungstruppen sind. In den sunnitischen Gebieten sind sogar 97 Prozent dagegen, in den schiitischen Gebieten 83 Prozent. (S. 179-180) Die in den USA in Gang gekommenen Debatten zur Abzugsstrategie der US-Truppen sind mit folgenden Resultaten verbunden: „Nur wenige plädieren, zumindest öffentlich, für eine dauerhaf-

te Besetzung des Iraks, auch wenn sich US-Truppen in eine Reihe im ganzen Land verstreuter sicherer Stützpunkte zurückziehen sollten. Nur wenige plädieren für eine Ausweitung des US-amerikanischen Engagements und für die weitere Einberufung und Entsendung junger Amerikaner in den Irak.“ (S. 174) Den Wählerinnen und Wählern in den USA sollte die bittere Wahrheit nicht vorenthalten werden, dass es keinen einfachen Ausweg aus der Tragödie geben wird. (s. S. 185)

Die meisten US-Bürger sind sich darin einig, dass ein Abzug der US-Truppen aus dem Irak baldmöglichst erfolgen sollte. Mitte August 2008 erlebte der Präsidentschaftskandidat der Republikanischen Partei, John McCain, wie sich eine Gruppe prominenter Republikaner von ihm abwendete wegen seiner Haltung für die unbedingte Fortsetzung des Irak-Krieges der USA und als Befürworter der konservativen Bush-Strategie. Ihre Losung lautete: ‚Republikaner für Obama!‘ James Leach, der über drei Jahrzehnte den Bundesstaat Iowa im Repräsentantenhaus des Kongresses vertreten hatte, schrieb dazu im Wall Street Journal: „Tausende Republikaner werden in der November-Wahl das Land vor die Partei stellen.“

Die Aussichten auf einen grundsätzlichen Richtungswechsel in den kommenden Monaten erscheinen ungewiss.

In der Zeit, da sich im Land eine z. T. hitzige Debatte entwickelte, wann der richtige Zeitpunkt für den Abzug der US-Streitkräfte aus dem Irak sei und welche Modalitäten dabei beachtet werden müssten, hatte sich die Bush-Administration auf einen langfristigen Truppeneinsatz im Irak eingestellt.

Die Anfang 2008 in den USA von den Regierenden verbreitete Zuversicht, durch die zunehmende Truppenstärke im Irak Widerstand und Gewalt in dem geschundenen Land eindämmen zu können, erwies sich als nicht realistisch. Es ist im Irak nicht gelungen, Sicherheit und Stabilität zu gewährleisten. Die meisten US-Bürger glauben nicht mehr an einen ‚Sieg‘ im Irak-Krieg und befürworten die baldmögliche Heimkehr der US-Truppen: „Die entscheidende Frage lautet weiterhin: Wird sich die Lage bei einem Truppenabzug in zwei oder sechs Jahren erheblich verbessert haben, so deutlich, dass dies die Zahl der bis dahin zusätzlich Gefallenen und Verwundeten rechtfertigt?“(S. 192)

Aus den Fehlern lernen: Reformvorschläge für die Zukunft

So haben die Autoren das abschließende Kapitel VIII (S. 193-238) ihres Buches überschrieben und kehren zu einem Grundsatz zurück, den sie bereits auf Seite 170 beschrieben: „Die Demokratie stellt eine wichtige Kontrollinstanz für Kriege bereit.“ Und sie folgern, dass diese Kontrollinstanz – gemäß den frühen, positiven Traditionen der Zeit der Gründungsväter der USA – wesentlich gestärkt werden muss.

„Eine der grundlegenden Lehren aus diesem Krieg betrifft das Versagen von Institutionen wie dem US-Kongress und den Vereinten Nationen, denen es nicht gelang, die US-Regierung in die Schranken zu weisen.“ (S. 193)

Demokratische Kontrolle der Exekutive setzt mündige, informierte Bürger voraus. Dieser Forderung sind im Wesentlichen die ersten neun (von 18) Reformvorschläge (S. 195-213) gewidmet, wobei – entsprechend der Profession der Autoren – ökonomische und finanztechnische Probleme, strengste Kontrollmechanismen etc. im Vordergrund stehen. Es wird nachgewiesen, dass die Masse der US- Bürger bisher von den realen Auswirkungen dieses Krieges kaum berührt sind bzw. waren. Als Ursachen werden festgestellt: Die offizielle Informationspolitik, durch die während des Irakkrieges „grundlegende Daten“ des Kriegsverlaufs „verschwiegen, verschleiert beziehungsweise zurückgehalten“ (S.200) wurden, sowie die ungewöhnlich große Rolle, die private Auftragnehmer in diesem Krieg spielten und spielen, woraus die Autoren die Forderung ableiten: „Der Kongress sollte die gesamte Philosophie und die Auswirkungen dieser Privatisierung des Militärischen einer gründlichen Prüfung unterziehen.“ (S.203) Schließlich wird eine der Ursachen wie folgt gesehen: „Die Verbindung aus einer Freiwilligenarmee und einer kreditfinanzierten Kriegsführung ermöglicht es zunächst den meisten Amerikanern, den Krieg zu unterstützen, ohne sich jemals die Frage zu stellen: Wären sie bereit, ihr Leben oder das Leben ihrer Kinder zu opfern, um diesen Krieg zu führen?“ (S.205)

Fazit: „Die Anreize der Durchschnittsamerikaner, dem Missbrauch der Amtsvollmachten des Präsidenten entgegenzutreten, wurden konterkariert.“ (S.205)

Im zweiten Teil ihrer 18 Reformvorschläge fordern die Autoren konkrete Maßnahmen für die soziale Sicherstellung von Kriegsveteranen, einschließlich ihrer Finanzierung.

Insgesamt verbinden die Autoren mit ihren Reformvorschlägen – würden sie verwirklicht – die Hoffnung, „in Zukunft nicht in ein zweites Irak- oder ein zweites Vietnamdebakel hineingezogen zu werden...“ (S.212)

Denn: „Die Entscheidung über Krieg und Frieden sollte nie leichtfertig getroffen werden. Sie sollte mit größerer Ernsthaftigkeit, größerer Bedachtsamkeit, Sorgfalt und Zurückhaltung gefällt werden als jede andere Entscheidung. Sieht man einmal ab von dem unermüdlichen Tamtam der Medien und der Regierung, dem nationalistischen Fahنشwenken, dem unbekümmerten prahlerischen Draufgängertum, so geht es im Krieg um nichts anderes, als dass Männer und Frauen andere Männer und Frauen auf brutale Weise töten und verstümmeln. Die körperlichen, seelischen und materiellen Schäden wirken fort, noch lange nachdem der letzte Schuss gefallen ist.“ (S.213)

Mit diesem Credo – dem noch ein umfangreicher Anhang folgt - schließen die Autoren ihr bemerkenswertes Buch ab, das auf seine Weise ein Buch für den Frieden ist.

(Die Anmerkungen im Anhang auf den Seiten 244 bis 298 enthalten umfangreiche und ausführliche Quellenangaben sowie eine Fülle von hervorragenden Ergänzungen.)

Einer der Autoren, Prof. Stiglitz, hat sich in den letzten Tagen in Interviews zu den aktuellen Problemen der Weltfinanzkrise geäußert. Wir zitieren einige Aussagen:

Aus einem Interview für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 21.9.2008:

Herr Stiglitz, Erleben wir gerade den Anfang vom Ende der Wall Street?

"Es ist eher das Ende eines desaströsen Geschäftsmodells. Und das Ende der Ideologie , dass freie, deregulierte Märkte immer funktionieren. Sie

funktionieren nur für einen Teil der Gesellschaft. Das Finanzsystem ist essentiell für das Funktionieren einer Wirtschaft. Nun erleben wir aber etwas ähnlich Umwälzendes wie die Große Depression in den 30er Jahren. Damals wurde die Idee begraben, dass sich Märkte selbst regulieren. Und die Regierung entschied sich, mehr einzugreifen. Wall Street wird wieder auferstehen. Die Frage ist nur, in welcher Form: als ein nicht-funktionierendes System oder als Etwas, dass uns eine dynamischere Ökonomie beschert."

Was bedeutet das alles für das System einer modernen, freien Marktwirtschaft?

Wir hatten nie wirklich einen freien Kapitalismus. Ob Universitäten, Internet oder Biotechnologie, es gab stets Finanzhilfen durch die amerikanische Regierung. Die völlig freie Marktwirtschaft ist ein Mythos. Auch die Landwirtschaft bekommt Subventionen, ebenso gewähren wir vielen Unternehmen Steuererleichterungen.

Wer trägt eigentlich die Schuld an der Finanzkrise?

"Der amerikanische Präsident Bush hat gesagt: wir haben zu viele Häuser gebaut. Das stimmt zwar, aber das ist keine gute Antwort, wenn es darum geht, was wirklich falsch gelaufen ist. Es gab unfassbar viel Gier, aber die gibt es immer. Meiner Meinung nach lag es insgesamt an einem Mangel an Regulierung. Außerdem ist das Bonussystem der Banken zu kurzfristig angelegt. Es hat sie dazu ermuntert, viel zu große Risiken einzugehen. Dazu kommen die Steuersenkungen der vergangenen Jahre und die Kosten für den Krieg im Irak und in Afghanistan. Das alles hat die Wirtschaft geschwächt und die Notenbank Fed ermuntert, eine Politik des billigen Geldes zu betreiben."

Frage über langfristige Effekte:

"Insgesamt wird die Bedeutung der asiatischen Wirtschaft weiter zunehmen.. Amerika hat seine Ökonomie nicht gut gemanagt. Asien wächst dagegen rasant. Es gibt einen Wandel, eine Verlagerung der Wirtschaftsmacht. Amerika ist immer noch eine starke Macht, die nicht über Nacht verdrängt werden kann, aber es gibt bereits ein Signal hin zu einer Weltwirtschaft mit mehreren starken Ländern."

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4.10.2008 vermerkt:

„Nach Ansicht von Stiglitz steht die Welt in der gegenwärtigen Finanzkrise an einem Scheideweg: Die Politik der Liberalisierung sei endgültig diskreditiert. Nun müsse der Staat scharf regulieren, damit nicht Finanzakteure die Welt 'ins ökonomische Chaos stürzen.' Der Tag der großen Abrechnung mit den 'Marktfundamentalisten' sei nun gekommen.“

Aus einem Interview mit Frontal 21 vom 07.10.2008

"Schuld an der Krise sind vor allem die Banken. Ihre Aufgabe ist es, Kapital zu sammeln, es aufzuteilen und die Risiken zu beherrschen. Dafür wurden sie belohnt. Mehr als 30 Prozent aller Unternehmensgewinne in den USA sind in die Finanzbranche geflossen. Aber ihre Aufgabe haben sie nicht erfüllt. Sie haben das Kapital verteilt, in Häuser investiert, die die Menschen nicht bezahlen konnten. Sie haben das Risiko nicht beherrscht, sie haben es erst geschaffen."

Aus einem Interview für die Berliner Zeitung vom 9.10.2008:

Frage: Wie geht es jetzt weiter?

"Die Frage ist, wer die Kosten dafür tragen soll, und die Banken schlagen vor, die Kosten sollten vom Steuerzahler getragen werden. Jene, die über Jahre die Profit eingestrichen haben, wollen wieder einmal dem Steuerzahler die Verluste anhängen. Das ist pure Umverteilung von unten nach oben. Die Banken behaupten obendrein, dass die Regierung durch diesen Rettungsplan am Ende sogar einen Gewinn machen wird. Wenn das so wäre, warum kaufen sie sich dann nicht untereinander diese wertlosen Papiere ab? Warum wehren sie sich so vehement gegen eine Verpflichtung, dass Verluste in Zukunft mit Gewinnen gegengerechnet werden, wenn es angeblich am Ende welche gibt? Solch eine Regelung fürchten sie wie der Teufel das Weihwasser. Weiter sieht der Plan überhaupt keine Pflicht zur transparenten Rechnungsregelung vor, eine Einladung, die Korruption Tür und Tor öffnet. Die Banken wollen einfach nur auf Kosten der Steuerzahler entschädigt werden, sonst nichts. Aber dieser Plan ist letztlich besser als gar nichts."

Frage: Würden Sie sagen, wir sind an einem Wendepunkt angelangt, einem Ende der Finanzalchemie?

"Es ist jedenfalls ein entscheidender Moment. Eines ist sicher, die Philosophie der Deregulierung ist tot. Die Amerikaner werden sagen: okay, wenn wir die Banken und das Finanzsystem retten, dann wollen wir in Zukunft eine Aufsicht haben, damit das nicht wieder passiert. Halten Sie sich einmal vor Augen: das hat sich nun alle paar Jahre wiederholt - denken Sie an die Krise der Sparkassen Ende der 80er, die Aktienblase der 90er. Enron, Long Term Capital Management und so weiter und so fort. Diese Leute haben uns doch jedes Mal die Pistole an die Brust gesetzt, das ist schlicht Erpressung. Die Steuerzahler werden fordern, dass damit Schluss ist. Aber ich kann diese Leute schon jetzt hören, wie sie dem Kongress einflüstern, er möge nicht überreagieren. Innovation müsse auch in Zukunft möglich sein, damit sie weiter handeln können wie bisher. Eine Zeit lang werden die Banken konservativer sein, die Kreditvergabe weniger lax. Dann kommt eine neue Generation von Bankern, die wieder 'dynamischer' sein will und nach höheren Gewinnen strebt. Das Ganze beginnt dann wieder von vorn, wenn wir nicht Schluss machen damit."

Frage: Was bedeutet die Krise langfristig?

"Sie fördert die Spaltung der Gesellschaft. Stellen Sie sich vor: Vor wenigen Monaten hat der Präsident sein Veto gegen ein Gesetz eingelegt, das eine Krankenversicherung für arme Kinder schaffen würde. Das hätte ein paar Milliarden gekostet. Der Präsident sagte, das wäre zu teuer. Jetzt aber bringt die Regierung quasi über Nacht mehrere hundert Milliarden Dollar auf, um die Banken zu retten."

Aus einem Interview mit manager-magazin.de veröffentlicht in SPIEGELONLINE vom 24.08.2008

Frage: Glauben Sie, dass die Banken aus der aktuellen tief gehenden Krise etwas gelernt haben?

Daran glaube ich nicht einmal ein winziges Bisschen. Solche Krisen scheinen doch alle zehn Jahre zu passieren. Ich fürchte, dass die Steuerzahler nach dieser Krise sich bereits darauf vorbereiten sollten, in der nächsten, die kommt, wieder einen Teil der Rechnung bezahlen zu müssen.*

* V. i. S. d. P. Arbeitskreis Frieden der GBM – Helmut Semmelmann